

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimaliger
Zustellung 1,40 Mark, vierteljährlich
4,20 Mark, durch die Post 4,05 Mark
anzufügen, Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
amtlichen Zeitungsverzeichnis unter
Saale-Zeitungsbeleg. Für un-
verlangt eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellen-
angabe „Saale-Zeitung“ gestattet.
Schriftl. der Schriftleitung Nr. 1146,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1145,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1153;
Verlags-Verlag Leipzig Nr. 4000.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Tagesblätter 30 mal gratis
Anzeigen oder deren Raum mit
30 Pf. u. 10% Zuschlag berechnet
und in unseren Anzeigenstellen u.
allen Anzeigenstellen angenommen.
Reklamen die 72 mal gratis Seite
1 Mrk. u. 10% Zuschlag. Anzeigen-
annahme schließt vom. 11 Uhr,
für die Sonntags-Nr. abds. 6 Uhr.
Abbestellungen, soweit möglich,
müssen schriftlich erfolgen. Erfül-
lungsort: Halle a. S. Erchein. tagl.
1 mal, Sonntags 1 mal. Schriftl.
e. Haupt-Verlagsstelle: Halle, Gr.
Draußenstr. 17. Neben-Verlags-
Stell.: Markt 24 u. Gr. Ulrichstr. 52.

Nr. 128.

Halle, Sonnabend, den 16. März

1918.

Bleibt Holland fest?

Eine Anfrage im Reichstage über die weitere Haltung Hollands gegenüber der Entente.

Amtlicher Bericht der Heeresleitung.

Stoßes Hauptquartier, 16. März.
Westliches Kriegskampflinien.
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
Am Abend und während der Nacht war die englische
Artillerie namentlich zwischen Verres und St. Quentin sehr
tätig. Durch feindliche Feuer und Bombenschüsse auf rück-
wärtige Detachements entstanden in Verres und Salzin
größere Verluste unter der Bevölkerung.
Heeresgruppen Deutscher Kronprinz, v. Gallwitz und
Herzog Albrecht.
Westlich von Reims, auf beiden Massen sowie an der
loisringischen Front bei Wulfsch und Wamont war der
Feind stark tapfer geblieben. Weder seitens von Verres
noch er auch die Nacht hindurch lebhaft.

Von den anderen Kriegskampflinien nichts Neues.
Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

27 000 Tonnen versenkt.

Berlin, 15. März. (Amtlich.) Im westlichen Mittel-
meer wurden durch unsere U-Boote
8 Dampfer und 1 Segler von zusammen
mindestens 27 000 B.-Reg.-T.
versenkt.
Im Besonderen ist an diesem Erfolg „U. 35“, Komman-
dant Kapitänleutnant Urauid de la Perrière, be-
teiligt. Dieser Kommandant hat in 2 1/2-jähriger Tätigkeit
im Mittelmeer mit seinem Trügerboot Boot an Schiffs-
raum und
1/2 Million B.-Reg.-T.
versenkt.
Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Berlin, 15. März. Zu dem englischen Raub hollän-
discher Tonnage gefügt sich eine neue, für Englands Notlage
nicht minder beachtliche Nachricht der „Times“ vom 25. 2.:
„Das englische Kriegskabinett hat nach langer Über-
legung entschieden, daß bei der Zuteilung von Schiffsräumen
die Bedürfnisse der Flotte vor allen anderen
Kriegsbedürfnissen haben sollen.“ Der feindliche Schiffsraum
reicht also nicht mehr aus, um des Besondere, Lebensmittel und
Kriegsbedarf, gleichzeitig in der erforderlichen Menge heran-
zuführen, und das Kabinett verzichtet notwendig auf die
Kriegszuteilung, um die darbede Bevölkerung nicht
weiter zu reizen. Damit ist die
englische Politik

an einen
entscheidenden Wendepunkt
gelangt: Behen ist wichtiger als Kriegsgewinn! Schon Ehr-
dick sagte am 11. 1. im amerikanischen Reichstagsklub: „Ich
habe den Gesamtstaat um Hunderttausende von Tonnen ver-
mindern müssen, nur aus Mangel an Schiffen.“ Der vor-
zügliche Herr Geddes führte die „Bedrohung“ der ameri-
kanischen Zuteile von Menschen und Dingen hauptsächlich
auf einen großen Schiffsraum und hatten zwar in den
Verrechneten Staaten, belästigt allerdings auch auf die weite
Küste, auf die Einschränkung der Schiffszahl, zurück. Nur
Schuld, und England wird einsehen, daß es seinen ausichts-
losen Kampf gegen unsere U-Boote auf die Dauer nicht fort-
setzen kann.

Holländische Zusicherungen an Deutschland.

Beratungen im Auswärtigen Amt.
Berlin, 16. März. (Privattelegramm.) Wie wir aus
gut unterrichteter Quelle erfahren, hat die holländische Re-
gierung an Deutschland bereits die folgenden Zusiche-
rungen gegeben, daß sie auf die Forderung der Entente unter
keinen Umständen eingehen. Im Auswärtigen Amt
in Berlin dauerten auch gestern die Beratungen über die
niederländische Frage fort. Wie wir heute erfahren, soll das
an Holland gerichtete Ultimatum der Entente nun gegen-
ständig eine Anfrage an den Reichskanzler im Reichstage ge-
macht werden.

Ein Kompromiß?

Frankfurt a. M., 16. März. (Privat-Telegramm.) Aus dem
holländischen Ansehen steht man deutschseits auf dem

Standpunkte, daß unter keinen Bedingungen die Entente in
die Lage geht, woher, noch mehr holländischen Schiffen
raum zu rauben, als sie es bereits getan hat. Da man jedoch
die Nahrungsmitteleinsparungen Hollands in jeder Weise zu
fördern wünscht, wird man den holländischen Schiffen, die
ausgehen, um Nahrungsmittel einzuholen, freies Geleit
geben, wenn ein in Amerika festsitzendes holländisches Schiff
nach Holland abfahren sollte. Sollte Amerika und die
Entente, was ja nach ihrem bisherigen Verhalten recht gut
möglich ist, zu der Ansicht gelangen, daß die holländischen
Schiffe in Amerika abfahren zu lassen, um sie dann unterwegs wieder festzuhalten, so fällt
natürlich auch die deutsche Verantwortlichkeit; noch irgend ein
Schiff aus Holland abfahren zu lassen, wog.

Für die Unabhängigkeit Litauens.

Berlin, 15. März. (Privattelegramm.) Der Bi-
tauische Landesrat, der sich mehrmals zu einem Anschlag an
das Deutsche Reich ausgesprochen hat, hat sich der Landes-
rat für die vollkommene Unabhängigkeit Litauens mit Wilna
als Hauptstadt erklärt und die Regierung der Beziehungen zu
den Nachbarstaaten der künftigen Konstitution überlassen.
Indem der Landesrat diesen Beschluß der Deutschen Regie-
rung mitgeteilt hat, hat er gleichzeitig um Anerkennung der
Unabhängigkeit Litauens nachgesucht.

Die Nervosität in Italien.

Lugano, 16. März. (Eigene Drahtnachricht.) Die
Nervosität in ganz Italien findet ihren deutlichen Ausdruck
in der Besorgnis aller Bevölkerung. Täglich werden eine
große Anzahl Personen verhaftet und in die Gefängnisse
gesteckt.

Erweiterung der italienischen Kriegszone.

Bern, 16. März. (Eigene Drahtnachricht.) Nach Mel-
dungen von der italienischen Grenze ist ein Teil der Provinz
Novara in die Kriegszone einbezogen worden.

Beratungen im italienischen Hauptquartier.

Basel, 16. März. (Eigene Drahtnachricht.) Im italie-
nischen Hauptquartier finden jetzt täglich Beratungen statt
zwischen dem Militärminister Orlando, dem Schatz-
minister, dem Kriegsminister und dem Minister für Arbeit.
Nach der Generalmeinung wird man am den Besprechungen
teil. Wie es heißt, stehen die Beratungen auf die Einbringung
einer neuen internationalen militärischen Konferenz an.

Die Italiener befürchten einen Einbruch in die Lombardei.

Lugano, 16. März. (Eigene Drahtnachricht.) Die
Italiener befürchten, daß die Deutschen eine militärische Aktion
verleiten, daß die deutschen und österreichischen Truppen einen
großen Einbruch in die Lombardei verüben werden.

Französische Verstärkungen für Italien.

Zürich, 16. März. (Privat-Telegramm.) „Secolo“ meldet aus
Paris, daß französische Truppen auf dem Wege nach der
italienischen Front sind und daß Italien der unmittelbare Be-
vorstehende feindliche Offensive mit Vertrauen und Hoff-
nung entgegenzusehen könne.

Amerikanische Verläste.

Basel, 16. März. (Eigene Drahtnachricht.) Die letzten
amtlichen Meldungen in Paris enthalten die ersten Be-
richte der amerikanischen Truppen. Es sind darin als ge-
wisst 43 Amerikaner genannt, als vermisst 252. 36 sollen in
Gefangenenschaft geraten sein.

Eine Note Wilsons über Oskafen.

Zürich, 16. März. (Privat-Telegramm.) Der „Corriere della
Sera“ meldet aus Rom den Eingang einer Note Wilsons im
Kabinett der Minister, die sich mit der österreichischen Frage
beschäftigt.

Chiles weitere Haltung.

Luzern, 16. März. (Eigene Drahtnachricht.) Nach
Berichten aus New York hat die chilenische Regierung durch
ihren Vorkonzern in Washington nunmehr die Forderung ab-
gegeben, daß Chile sich ganz auf die Seite Amerikas stellen
wird und den Vereinigten Staaten für deren Kriegsführung
die betragsmäßigste Unterstützung leisten wird.
(Letzte Meldungen siehe auch Seite 3.)

Deutschlands Antwort an Kurland.

Der von dem kurländischen Landesrat am 8. März in
Mitau gefasste Beschluß hat gestern zu einem Teile seine prak-
tische Ausführung gefunden. Die von dem Landesrat ge-
wählte Abordnung ist gestern von dem Reichskanzler emp-
fangen worden, dem sie noch einmal die bekannten Wünsche
Kurlands zum Ausdruck gebracht hat. Bei dem gleichen Emp-
fang ist jedoch die Antwort des Deutschen Reiches auf die
kurländischen Wünsche bekanntgegeben worden.

Wir haben uns heute zunächst zu fragen, ob der Landes-
rat als eine Vertretung Kurlands anzusehen ist, bei
dem ein Recht hat, im Namen des ganzen Volkes zu sprechen. Die-
se Frage ist zweifellos zu bejahen. Der Landesrat als
solcher stellt nichts weiter dar, als einen geschäftsführenden
Ausdruck des kurländischen Landtages. Auch der alte kur-
ländische Provinzial-Ordnung fand Ritterschaft und Land-
schaft die alleinige gesetzmäßige Vertretung des Landes.
Schon in den neunziger Jahren hatte diese Landesvertretung
die russische Regierung gebeten, auch die Geschäftigkeit zur
grundbesitz, die lettische Bürgerrecht und die Geschäftigkeit zur
gesetzmäßigen Körperschaft hinzuzufügen zu dürfen. Die Russen
haben aber diese Wünsche fälschlich abgelehnt, weil sie die
Gegensätze zwischen Deutschen und Letten auf-
rechterhalten und vertiefen wollten. Bei der Besetzung
Kurlands durch die deutschen Truppen, nach der Besetzung
am 1. September u. 3. nahm der Landtag eine
Vertretung an.

60 Deputierten zu bestehen hat, nämlich 27 Grundbesitzer,
27 Kleingrundbesitzer, 4 Vertretern der Ritterschaft, 5 der
Gestiftlichkeit und 17 der Städte. Seitdem sind
die Letten ebenso stark wie die Deutschen im kurländischen
Landtag vertreten. Die Kleingrundbesitzer sind von den Ge-
meindebesten hineingewählt worden. Unter der Gestiftlich-
keit ist auch ein lettischer Geistlicher vertreten. Die städtischen
Vertreter sind durch die städtischen Körperschaften gewählt
worden. Diese Zusammensetzung des Landtages muß deshalb
betont werden, weil unsere Gegner auch heute noch zwischen
den jüdischen Grundbesitzern und den Letten den
früheren Gegensatz verhängen wollen. Der auf die ge-
richtete Weise erweiterte städtische Landtag hat dann einem
Landesrat von 20 Mitgliedern gewählt, der sich am 8. März
von dem bekannten Beschluß bekannte, der am gestrigen Frei-
tag dem Reichskanzler vorgelesen worden ist. Er kann
hiernach seinem Zweifel unterliegen, daß der Landesrat als
die legitime Vertretung Kurlands angesehen werden
kann.

Nach Bejahung dieser Frage bleibt zu erörtern, was der
Landesrat Kurlands im einzelnen wünscht. Für denfalls
Interesse kommt in erster Linie, daß das Land einen freien
und unabhängigen Staat bilden soll. Wir wollen uns jedoch
bei der Erörterung der kurländischen Wünsche an die von dem
Landesrat gewählte Reihenfolge halten. Die kurländische
Vertretung bittet um Annahme der Herzogskrone Kurlands
durch den deutschen Kaiser. Für die künftige Staatsform
Kurlands form eine Republik, ein eigenes Herzogtum oder
eine Personal-Union in Frage. Wie von Kennern der Stimm-
ung des Landes berichtet wird, will die gesamte Bevölke-
rung Kurlands, vielleicht mit Ausnahme der städtischen
holländischen Arbeiterschaft, nichts mehr von einer
Republik wissen. Die Bevölkerung interessiert sich
mehr als für die Staatsform, für die Erlangung eines
schnellen und friedlichen Friedens. Sie betrachtet die monar-
chische Verfassung als eine Selbstverständlichkeit. Der Ge-
danke eines eigenen Herzogtums leidet darunter, daß die
Letten befürchten, dieser Herzog würde sich lediglich auf bet-
tische Barone stützen, wodurch die kleinen Leute benachteiligt
werden würden. So macht es den Anschein, als ob in der
Tat der überwiegende Teil der Bevölkerung für eine
Personal-Union mit Deutschland ist. Die deutsche Antwort auf diesen Wunsch Kurlands ist weder
bejahend noch ablehnend, doch macht die Form der Befähigung
dieser kurländischen Bitte in der Antwort den Eindruck,
als ob man deutschseits auf den Wunsch Kurlands ein-
zugehen geneigt ist. Es ist in der Antwort davon gesprochen,
daß die Entscheidung des Kaisers „nach Anhörung der zur
Mitwirkung bestimmten Stellen getroffen“ werden wird. Hier
handelt es sich um den Landesrat und um die Bundesregierung,
wobei wir hoffen, daß auch der Reichstag nicht ausgeschlossen
werden wird.

Der zweite Wunsch Kurlands bezieht sich auf eine m ö g l i c h

